



---

Regierungsrat

Luzern, 2. November 2022

**STELLUNGNAHME ZU POSTULAT**

**P 993**

Nummer: P 993  
Eröffnet: 24.10.2022 / Gesundheits- und Sozialdepartement  
Antrag Regierungsrat: 02.11.2022 / Ablehnung  
Protokoll-Nr.: 1271

**Postulat Budmiger Marcel und Mit. über die finanzielle Unterstützung der Spitäler für Personalmassnahmen zur Sicherung der Gesundheitsversorgung**

Das Postulat verlangt, dass der Kanton Luzern den Spitälern mit kantonalen Leistungsaufträgen auf Kantonsgebiet zweckgebundene Beiträge zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen ausrichtet. Dies würde unter anderem neben der LUKS AG auch die Hirslanden Klinik und das SPZ umfassen. Die Beiträge sollen dem medizinischen Personal zugutekommen, dies wahlweise in Form von mehr Lohn, einer Arbeitszeitverkürzung oder zusätzlichen Ferien zur Erholung.

Allgemein ist festzuhalten, dass innerhalb der nächsten zehn Jahre voraussichtlich landesweit eine Million Menschen der Babyboomer-Generation in Rente gehen, während im gleichen Zeitraum nur etwa halb so viele Personen in den Arbeitsmarkt nachrücken. Weiter ist schon heute die Arbeitslosenquote in der Schweiz so tief wie in den vergangenen 20 Jahren nicht. Der Fachkräftemangel ist also eine grosse Herausforderung für den ganzen Arbeitsmarkt. Auch der Bildungs- Sicherheits- oder Handwerksbereich werden sich verstärkt um die noch verfügbaren Arbeitskräfte bemühen (Lehrpersonen, Polizei, Gastronomie etc.). Mit der Verbesserung der Arbeitsbedingungen bestimmter Berufsgruppen allein lässt sich das Problem nicht lösen. Das verbessert lediglich die Ausgangslage bestimmter Bereiche gegenüber andern. Geprüft werden müssen deshalb unter anderem auch die Angebotsstrukturen oder wie die Kompetenzen und Aufgaben neu verteilt oder welche Prozesse automatisiert bzw. digitalisiert werden können.

Finanzielle Anreize in Form von Lohnerhöhungen sind nur eine von vielen möglichen Massnahmen und in der Regel nicht die Wichtigste. Auch Arbeitszeitverkürzungen für sich allein sind kein angebrachtes Mittel gegen den Fachkräftemangel. Das führt bloss dazu, dass die Arbeitslast für die einzelnen Personen noch grösser wird oder bestimmte Leistungen nicht mehr angeboten und z.B. Spitalbetten nicht mehr betrieben werden können.

Grundsätzlich ist unser Rat der Ansicht, dass jeder Spitalbetrieb selber dafür verantwortlich ist, ein attraktiver Arbeitgeber sein. Und die Spitäler bemühen sich auch sehr dafür. Die Lohnkosten sind gemäss KVG sogenannte anrechenbare Kosten und müssen deshalb über die Tarife (in Akutspitälern die Baserate) abgegolten werden. In der Pflicht stehen deshalb vor allem auch die Krankenversicherer, die mit den Spitälern die Preise aushandeln.

Es wäre falsch, wenn der Kanton Luzern die Luzerner Spitäler (u.a. LUKS AG, Hirslanden und SPZ) zusätzlich finanziell unterstützen würde, damit sie höhere Löhne zahlen können.

Das wäre ein Systembruch der heutigen Finanzierung mittels Fallpauschalen. Es gäbe keine einheitliche Finanzierung mehr über die Tarife sondern jeder Kanton würde seinen oder ausgewählten Spitäler zusätzlich einen Teil der Lohnkosten finanzieren. Der Wettbewerb und die Vergleichbarkeit unter den Spitälern sowie auch andern (auch innerkantonalen) Institutionen der Langzeitpflege würde damit untergraben. Die Spalkosten und die Spalkfinanzierung würde wieder völlig intransparent.

Zusammenfassend ist unser Rat der Ansicht, dass es verschiedene Massnahmen braucht, um dem Fachkräftemangel zu begegnen, damit auch in Zukunft eine gute Gesundheitsversorgung gewährleistet ist. Finanzielle Anreize sind dabei nur eine Massnahme unter vielen. Direkte Lohnerhöhungen müssen von den Betrieben beschlossen und über die Tarife abgegolten werden.

Das heisst nicht, dass der Kanton keine Verantwortung übernimmt um dem Fachkräftemangel im Gesundheitswesen zu begegnen. Er hat im Gegenteil gemeinsam mit dem Bildungszentrum XUND, den Spitälern, dem Zentrum für Hausarztmedizin und Community Care sowie den übrigen Zentralschweizer Kantonen verschiedene andere Projekte und Aktionen in Angriff genommen und unterstützt diese auch finanziell.

Wir beantragen, das Postulat abzulehnen.